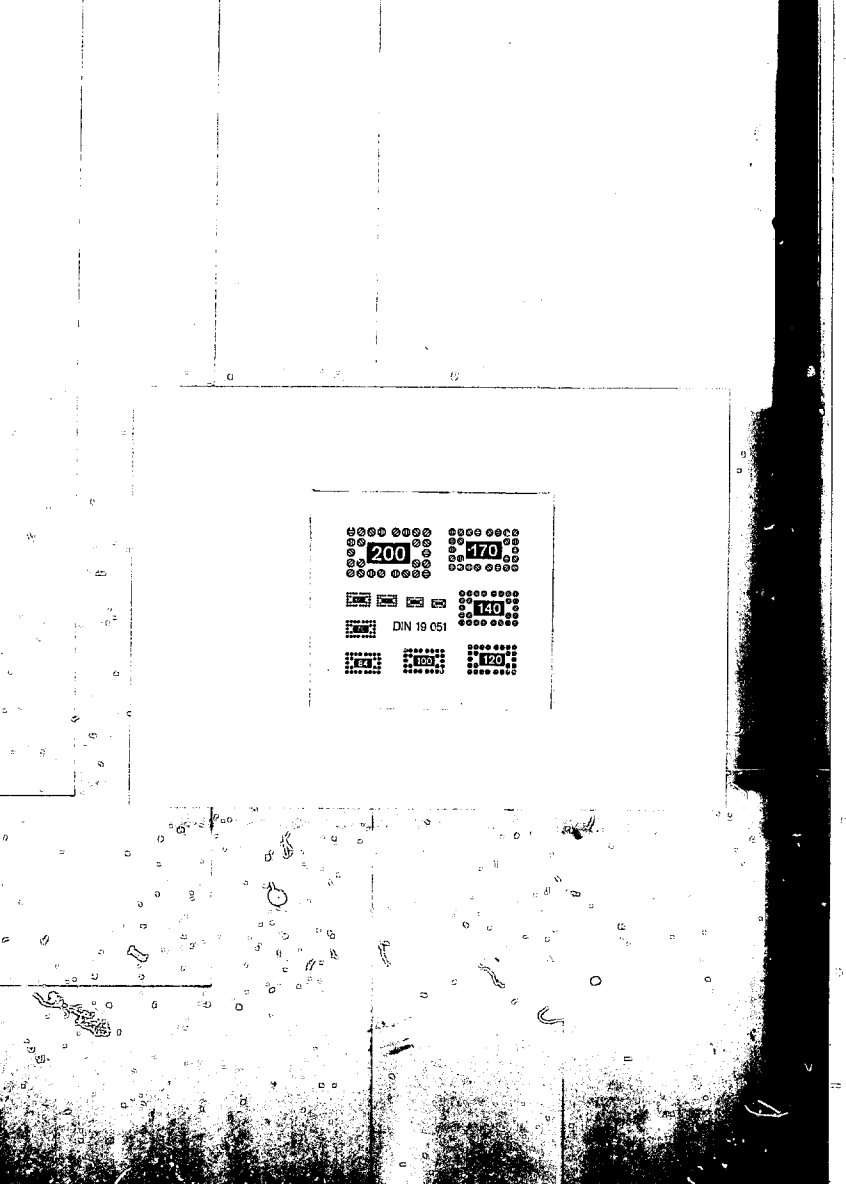

Wirtschaftspolitisches Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mit Recht und Freiheit - für eine ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft

Unsere Ziele:

Wir wollen einen föderativen deutschen Staat in einem einigen Europa und in den heutigen Grenzen.

Wir wollen eine Wirtschafts- und Währungsunion mit der Bundesrepublik.

Wir wollen soziale Sicherheit für alle.

I Die Planwirtschaft muß weg

Die Kommandowirtschaft der SED ist gescheitert. Sie hat zu einer gewaltigen Verschwendung von Arbeitskraft, Kapital und Rohstoffen geführt, unseren Lebensstandard niedrig gehalten und an den Bedürfnissen unserer Bürger vorbei produziert. Sie hat Leistungswillen und Initiative systematisch unterdrückt und unsere Unternehmen technologisch zurückgeworfen. Sie hat rücksichtslos auf Kosten der Substanz gewirtschaftet: Viele unserer Städte und Dörfer, unserer Gebäude und Verkehrswege sind verschlissen; unsere natürliche Umwelt ist so zerstört wie in kaum einem Land Europas.

Die Plan- und Kommandowirtschaft hat die Menschen um die Früchte ihrer Arbeit gebracht. Es gibt an ihr nichts zu reformieren. Denn Planwirtschaft bedeutet immer Unterdrückung von Initiative des Einzelnen, ohne die es keinen Wohlstand geben kann.

Wir Sozialdemokraten sagen deshalb Nein zu neuen Experimenten mit einer "marktorientierten Planwirtschaft" oder einer "sozialistischen Marktwirtschaft". Der Plan muß weg. Die Allmacht des Staates muß weg. Staat und Wirtschaft, Staat und Gesellschaft müssen getrennt werden. Der Staat hat eine der Gesellschaft dienende Aufgabe, keine allesbestimmende und jeden bevormundende. Wir Sozialdemokraten wollen deshalb Markt und Wettbewerb, damit Demokratie lebendig werden und individuelle Freiheit und Initiative sich zum Wohle aller entfalten kann.

II Ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft

Wir wollen eine *Marktwirtschaft*, die Initiative und Leistungsbereitschaft der Bürger fördert und zur Entfaltung bringt, in der wirtschaftlicher Leistungswettbewerb zu rationellem Wirtschaften zwingt und in der die Bürger als Verbraucher und nicht ein anonymer Plan darüber entscheidet, was produziert wird.

Wir wollen eine *soziale* Marktwirtschaft, in der alle Bürger Arbeit finden, in der die Leistungsfähigen die Schwächeren solidarisch unterstützen, in der ein kollektives Sicherungssystem bei Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit vor Armut schützt und in der freie und starke Gewerkschaften dafür sorgen, daß alle Beschäftigten am wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben. Mit steigender Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft wollen wir den Sozialstaat ausbauen und mit öffentlichen Investitionen unsere Städte und Dörfer erneuern, das Angebot an sozial gerechtem Wohnraum spürbar verbessern, unser Verkehrsnetz modernisieren, Freizeiteinrichtungen schaffen und unsere Umwelt sanieren und damit die Lebensqualität aller Bürger steigern.

Wir wollen eine *ökologische* Marktwirtschaft, in der der Staat für jedermann verbindliche, strikte ökologische Rahmenbedingungen setzt, die den Raubbau an der Natur durch Produktion und Konsum beenden sowie unsere natürlichen Lebensgrundlagen und unsere Gesundheit sichern.

Wir wollen eine *demokratische* Marktwirtschaft, in der alle Bürger am Haben und am Sagen in der Wirtschaft teilhaben. Staatliches Eigentum an Unternehmen wollen wir weitgehend in breit gestreutes individuelles Eigentum der Bürger überführen. Im Betrieb, am Arbeitsplatz wollen wir Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer aus freien Wahlen hervorgegangenen Vertreter.

Markt, Sozialstaat, ökologische Verantwortung, Miteigentum und Mitbestimmung, freie Gewerkschaften mit Tarifautonomie und Streikrecht sowie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in allen Lebensbereichen sind damit die Kernelemente der von uns Sozialdemokraten angestrebten Wirtschaftsordnung.

Wir wollen Wohlstand für alle, gestützt auf berufliches Können, Leistung und Initiative jedes Einzelnen, auf eine effiziente Wirtschaft und auf solidarischen Ausgleich durch ein leistungsfähiges Sozialsystem.

III Leitlinien unserer Reform

1. So viel Markt wie möglich

Marktwirtschaft nur in Teilbereichen funktionieren nicht. Unternehmerische Initiative kann sich nicht entfalten, wenn eine Planbürokratie weiterhin über ein System von Zuteilungsbilanzen Rohstoffe und Materialien, Investitionsgüter und Investitionsmittel, Kapital und Arbeitskräfte, Kredite und Devisen kontingentiert und das Außenhandelsmonopol für sich beansprucht. Wer Markt nur zum Teil

C90-1466

Archiv der sozialen Demokratie Bibliothek Bonn

will, der will an einer bevormundenden Planbürokratie und damit an direkter staatlicher Machtausübung in der Wirtschaft festhalten.

Wir Sozialdemokraten wollen Marktwirtschaft als umfassendes Ordnungsprinzip unserer Wirtschaft einführen. Die Unternehmen sollen völlig freie und eigenverantwortliche Entscheidungen treffen können innerhalb eines von einem demokratischen Staat gesetzten, allgemein verbindlichen steuerlichen, wettbewerbsrechtlichen, gewerberechtlichen, sozialrechtlichen und umweltrechtlichen Ordnungsrahmens. Der Markt koordiniert die millionenfachen Einzelentscheidungen von Unternehmen und Verbrauchern und übernimmt damit eine Aufgabe, die keine Planwirtschaft effizient leisten kann.

Damit Marktwirtschaft funktioniert, Arbeit und Kapital so produktiv wie möglich eingesetzt werden, braucht es wirtschaftlichen Leistungswettbewerb und freie Preisbildung durch Angebot und Nachfrage.

Preise sind die Steuerungssignale der Marktwirtschaft für die Produktions- und Investitionsentscheidungen der Unternehmen. Sie müssen Knappheitsverhältnisse und die bei effizienter Produktion entstehenden Kosten widerspiegeln. Preissubventionen verfälschen Angebot und Nachfrage, machen knappe oder teuer herzustellende Güter künstlich billig und führen deshalb zu Verschwendung. Weil subventionierte Preise Mißwirtschaft und Mißbrauch fördern, sind Preissubventionen insbesondere für Güter des Grundbedarfs auch nicht sozial. Sozial dagegen sind direkte Einkommenszahlungen an die Leistungsschwächeren, die von den Stärkeren finanziert werden, und dafür stehen wir ein. Damit die notwendigen Preisreformen nicht die Kaufkraft der Bevölkerung mindern, müssen alle Einkommen (Löhne, Gehälter, Renten, Stipendien, Kindergeld, andere Sozialeinkommen) um einen sozial gerechten Betrag erhöht werden.

Produktgebundene Abgaben und der Beitrag für gesellschaftliche Fonds (70% des Lohnaufwands) zur Finanzierung des Staatshaushalts führen ebenfalls zu falschen Preissignalen und einer Verzerrung der Knappheitsrelationen. Zu rechtfertigen sind solche Abgaben nur dort, wo der Markt gegenüber Knappheiten blind ist, und dies gilt im wesentlichen für die Inanspruchnahme der Natur, von Wasser, Boden und Luft. Für diese Güter hat der Staat Preise und Abgaben festzulegen, die in die Kostenrechnung der Unternehmen eingehen und zu sparsamem Umgang mit der Natur führen. Alle übrigen produktgebundenen Abgaben sind durch eine Neuordnung des Steuersystems zu ersetzen.

Subventionen für die Wirtschaft verfälschen den Markt auf der Anbieterseite. Unterschiedliche Gewinnabschöpfungen bei den Unternehmen, staatliche Zuweisung von Investitionsmitteln, unterschiedliche Wechselkurse im Außenhandel, sind nichts anderes als ein Subventionsdickicht, das produktives Wirtschaften nicht erlaubt. Notwendig sind gleiche Bedingungen für alle Unternehmen, gleiche Besteuerung, Wettbewerb um die verfügbaren Investitionsmittel und für alle freier Zugang zu Krediten sowie ein einheitlicher Wechselkurs. Kleine und mittlere Unternehmen wollen wir gezielt fördern. Wo Subventionen unvermeidlich sind, sollen sie offen in den Staatshaushalten ausgewiesen werden und damit demokratischer Kontrolle durch die Parlamente unterliegen.

2. Wettbewerb als Antriebskraft

Wettbewerb ist die Antriebskraft und gleichzeitig der Kontrollmechanismus der Marktwirtschaft. Er eröffnet leistungsstarken Unternehmen Chancen und nötigt die anderen bei Strafe des Konkurses mitzuhalten. Wettbewerb zwingt zu kostengünstiger Produktion, zu Produktivität und sparsamem Umgang mit Arbeit, Kapital und Material. Wettbewerb im Markt ist die unsichtbare Hand, die die Wirtschaft steuert und die Leistung der Unternehmen kontrolliert.

Wettbewerb ohne staatliche Regeln kann selbstzerstörerisch sein. Wenn es Unternehmen gelingt, durch Leistung marktbeherrschende Positionen zu erlangen oder durch Kartellabsprachen Wettbewerb auszuschalten, dann entziehen sie sich der Kontrolle durch den Markt. Marktwirtschaft schlägt um in Machtwirtschaft.

Es ist Aufgabe des Staates, dem Entstehen monopolwirtschaftlicher Macht entgegenzuwirken, aber nicht durch direkte Kontrolle der Unternehmen, sondern durch ein striktes Wettbewerbsrecht, das funktionierenden Wettbewerb herstellt und sichert.

Zur Schaffung von Wettbewerbsstrukturen werden wir möglichst viele Kombinate entflechten und Zulieferbetriebe ausgliedern. Große leistungsfähige, auf den Weltmärkten konkurrenzfähige Unternehmen sollten erhalten bleiben. Wir werden völlige Gewerbefreiheit sowie die Freizügigkeit der Arbeitnehmer herstellen, die Gründung neuer privater Unternehmen, Unternehmensbeteiligungen und die Gründung von Tochtergesellschaften von Gebietsfremden zulassen sowie unsere Unternehmen schrittweise der internationalen Konkurrenz aussetzen.

3. Tarifautonomie und Streikrecht für freie Gewerkschaften

Für die Arbeit kann es keinen uneingeschränkten Markt geben. Die Verhandlungsposition des Einzelnen gegenüber dem Unternehmen ist zu schwach. Den Unternehmen und Unternehmensverbänden müssen freie Gewerkschaften gegenüberstehen, die losgelöst von staatlicher Einflußnahme kollektive Lohnverhandlungen führen und die Interessen der Arbeitnehmer notfalls mit Streiks durchsetzen.

Es ist Sache der Tarifparteien, über Lohnhöhe, Lohnstrukturen, Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu verhandeln. Für die einzelnen Unternehmen muß es jedoch Spielräume geben, die tarifvertraglich vereinbarten Leistungen zu überschreiten, um die Arbeitskräfte anzuziehen, die sie für ihre Expansion benötigen.

Die Tarifparteien tragen gesamtwirtschaftliche Verantwortung. Mit ihren Tarifentscheidungen bestimmen sie mit über die Kosten und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, über die Gewinne, die Investitionsmöglichkeiten und damit auch über den Umfang der Beschäftigung. Diese Verantwortung verlangt von ihnen Augenmaß und Abwägung der Interessen aller.

Löhne und Gehälter sind nach Qualifikation und Leistung stärker zu differenzieren. Leistungsgerechte Bezahlung ist unverzichtbar, um zu Leistung anzuspornen. Sie ist ebenso notwendig als Anreiz, sich beruflich zu qualifizieren und weiterzubilden. Nur durch Förderung der Leistungsbereitschaft des Einzelnen ist es möglich, einen wirtschaftlichen Aufschwung zu erreichen und ein engmaschiges soziales Netz aufzubauen, das jedem auch bei Arbeitslosigkeit kollektiven Schutz oberhalb der Armutsgrenze gewährt.

4. Funktionierenden Kapitalmarkt schaffen

Markt und Wettbewerb muß es geben, um Ersparnisse und Investitionskapital optimal zu verwerten. Dringend notwendig ist der Aufbau von selbständigen Geschäftsbanken, die untereinander um die Ersparnisse der Bürger und die Einlagen der Unternehmen sowie um die Finanzierung von Unternehmen und Handelsgeschäften konkurrieren. Ebenso notwendig ist der Aufbau eines Aktien- und eines Rentenmarktes, an dem Bürger Ersparnisse anlegen und Unternehmen Investitionskapital aufnehmen können. Ein funktionierender Kapitalmarkt erleichtert zugleich den Zufluß von Auslandskapital, der zur Modernisierung unserer Wirtschaft unerläßlich ist.

Kapital muß vom Kapitalmarkt dorthin gelenkt werden, wo die rentabelsten Verwendungsmöglichkeiten liegen, damit sich profitable Unternehmen ungehindert entfalten und Arbeitsplätze schaffen können.

Die Staatsbank hat sich aus der Finanzierung der Unternehmen und des Staates vollständig zurückzuziehen. Sie hat sich auf die Funktion einer Notenbank zu beschränken, Banken und Wirtschaft mit Liquidität zu versorgen und den Geldwert stabil zu halten.

Das Devisenmonopol der Staatsbank muß parallel zum staatlichen Außenhandelsmonopol aufgehoben werden. Die Betriebe müssen über ihre Devisen selbständig verfügen können. Unternehmen, die Devisen benötigen, müssen Zugang haben zu einem Devisenmarkt, an dem ein einheitlicher Wechselkurs ermittelt wird. Er ist Voraussetzung dafür, daß alle Unternehmen Materialien und Investitionsgüter zu gleichen Preisen importieren können und damit gleiche Ausgangschancen im marktwirtschaftlichen Leistungswettbewerb erlangen.

Wir streben schnellstmöglich eine Wirtschafts- und Währungsunion mit der Bundesrepublik Deutschland an. In einer Übergangszeit muß unsere Wirtschaft vor schockartiger Konkurrenz geschützt werden.

5. So viel Staat wie nötig

Die wesentlichste wirtschaftspolitische Gestaltungsaufgabe des Staates ist das Abstecken des Rahmens, an dem sich die Entscheidungen der Unternehmen zu orientieren haben:

- Striktes Wettbewerbsrecht hat für funktionierende Wettbewerbsmärkte zu sorgen;
- Gewerbefreiheit, gesichertes Eigentumsrecht, Zulassung von privaten Unternehmensgründungen und Unternehmensbeteiligungen müssen die Entfaltung neuer Initiativen fördern;
- Gewerberecht und Gewerbeaufsicht haben die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz zu gewährleisten und die Humanisierung der Arbeitswelt zu fördern;
- Kündigungsregelungen und ein Aussperrungsverbot haben vor Willkür der Arbeitgeber zu schützen;
- ein Sozialsystem muß solidarischen Schutz bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter bieten;
- das Steuersystem hat für eine gerechte Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit der Bürger und Unternehmen zu sorgen und gleichzeitig die private Investitionstätigkeit zu fördern und Leistungsanreize zu erhalten;
- strikte Umweltregeln haben Zwänge und Anreize zu schonendem Umgang mit der Natur zu schaffen;
- ein Berufsbildungssystem hat die Unternehmen zur Ausbildung unserer jungen Menschen heranzuziehen und zu motivieren;
- die Unternehmen haben Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zu gewährleisten.

Wir lassen uns von dem Grundsatz leiten, daß den Unternehmen im Rahmen der Gesetze alles erlaubt ist, was nicht ausdrücklich verboten ist. Wo diese Freiheit dem Interesse der Allgemeinheit, der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zuwiderläuft, ist dem Staat ein Interventionsrecht vorbehalten.

Der Staat fördert Grundlagenforschung sowie zukunftsträchtige Projekte von angewandter Forschung und Technologie.

Planerische Aufgaben hat der Staat wahrzunehmen bei der Gestaltung der Infrastruktur, wie der Verkehrswege, des Kommunikationsnetzes, der Wasserversorgung, der Abfallentsorgung, der Städte- und Raumordnungsplanung bis hin zur Bereitstellung sozialer Dienste.

Wir Sozialdemokraten haben hier Zielvorstellungen, die unserem Verständnis von Lebensqualität und Sozialstaat entsprechen. Wir wollen:

- menschenfreundliche Städte und Dörfer;
- Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs;
- sparsamen Umgang mit Grund und Boden bei städtischer Bebauung;
- vorrangig Erhalt von Bausubstanz statt Abriß und Neubau;
- mit steigender Wirtschaftskraft finanzierbares breites Angebot an sozialen Diensten, von modernen Kindergärten bis hin zu alters- und behindertengerechtem Wohnen.

Zur Wahrnehmung dieser Gestaltungs- und Planungsaufgaben braucht es einen starken und handlungsfähigen Staat, nicht aber einen personell aufgeblähten Staatsapparat. Wir werden sicherstellen, daß in den staatlichen Institutionen Leistung über das berufliche Fortkommen entscheidet und der Zugang zum Öffentlichen Dienst allen dafür Qualifizierten offensteht, ungeachtet ihrer sozialen Herkunft, ihres Geschlechts und ihrer religiösen oder parteilichen Bindungen.

Wir werden bei der Reorganisation unseres Staatswesens dafür sorgen, daß staatliche Entscheidungen zur Gewährleistung einer hohen Sachkompetenz möglichst dezentral getroffen werden; höhere staatliche Ebenen sollen nur solche Aufgaben wahrnehmen, die auf niedrigeren Ebenen nicht ebenso gut erfüllt werden können. Dies sichert demokratische Mitwirkung der Bürger an den staatlichen Entscheidungen und hemmt anonyme staatliche Machtausübung. Es sichert gleichzeitig Konkurrenz und gegenseitige Kontrolle der verschiedenen staatlichen Ebenen und hält Macht in Grenzen.

Der Staat hat gesamtwirtschaftliche Steuerungsaufgaben wahrzunehmen und mit Steueranreizen und öffentlichen Investitionsprojekten auf die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen hinzuwirken oder bei einer überschäumenden Wirtschaftsentwicklung Inflationsgefahren einzudämmen.

6. Vielfalt des Eigentums

Eigentum ist sozial verpflichtend. Das *Eigentum* ist die Basis zur Ordnung aller wirtschaftlichen Entscheidungsbefugnisse. Es begründet das Recht auf Besitz, Gebrauch, Verfügung, Nutzung und Kontrolle, beinhaltet aber auch die Verantwortung für alle Rechtsfolgen. Der Staat garantiert Schutz des materiellen und geistigen Eigentums.

Zur schnellen Modernisierung unserer Wirtschaft sind wir auf Zufluß von ausländischem Kapital und technischem Wissen angewiesen.

Wir Sozialdemokraten befürworten daher eine Gesetzgebung, die Kapitalbeteiligungen von Gebietsfremden auch oberhalb der 49-Prozent-Grenze und die Geschäftsführung durch Gebietsfremde erlaubt. Wir werden auch die direkte Gründung von Tochtergesellschaften gebietsfremder Unternehmen zulassen, um Kapital und technisches Wissen anzuziehen und um Unternehmensneugründungen und Wettbewerb auf unseren Märkten zu fördern.

Es gäbe keinen Sinn, Gebietsfremden Eigentum an Produktionsmitteln zu gestatten und dies gleichzeitig unseren eigenen Bürgern weitestgehend zu verwehren. Wir wollen deshalb auch ihnen den Erwerb von Eigentum am Produktivvermögen ermöglichen.

Unser Ziel ist es, die volkseigenen Betriebe und Kombinate weitgehend in andere Eigentumsformen zu überführen; denn staatliches Eigentum hat nur selten zu effizientem Wirtschaften geführt. In öffentlichem Eigentum sollen zum Beispiel Post und Bahn sowie Versorgungsunternehmen verbleiben. Die Besetzung der Funktionen in den staatlichen Betrieben darf nicht wie bisher nach dem Parteibuch erfolgen, sondern muß dem Leistungs- und Kompetenzprinzip folgen.

Betriebe und Kombinate können in Aktiengesellschaften umgewandelt und sofort privatisiert werden. Das dabei entstehende Vermögen wird von einer zu gründenden Bank treuhänderisch verwaltet. Anteile aus dem Vermögen werden gemäß dem Beitrag zur Schaffung des Volksvermögens in Form von Wertpapieren an die Bürger übertragen. Dieser Beitrag wird zeitabhängig ermittelt. Die Vermögensanteile sind erst nach Feststellung des realen Marktwertes handelbar. Die verbleibenden Anteile bilden die Geschäftsgrundlage der treuhänderischen Bank.

Gebietsfremde können sich an einer Kapitalgesellschaft beteiligen, indem sie Anteile aus dem Besitz der Länder und Gemeinden oder der Beteiligungsfonds erwerben. Damit wird eine breite Streuung des Produktivvermögens erreicht.

Bei einer breiten Streuung des Produktivvermögens wird es möglich, eine Steuerpolitik zu verfolgen, die eine rasche Akkumulation von Kapital in den Unternehmen zur Stärkung ihrer Investitionsfähigkeit ermöglicht, ohne daß dies gleichzeitig zu Konzentration von Vermögen in den Händen einiger weniger führt. Mit dem Umtausch von Ersparnissen in Anteile an Unternehmen können die Bürger auch die Kaufkraft ihrer Ersparnisse über die unumgänglichen Preisreformen hinweg sichern.

Neben Eigentum an Kapitalgesellschaften soll es genossenschaftliches Eigentum geben ebenso wie unmittelbares persönliches Eigentum an einzelnen Unternehmen. Eigentum und die Chance, es zu vermehren, ist gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen die stärkste Antriebskraft für Leistung. Notwendig ist die Gründung zehntausender solcher Unternehmen. Sie werden am schnellsten dazu beitragen, Versorgungsengpässe und Mängel zu überwinden.

Wir halten an der Bodenreform von 1946 fest. Über die kollektive oder individuelle Bewirtschaftung entscheiden die Bauern selbst.

Erwerb von Grund und Boden ist an Bedingungen zu binden, die Spekulationen ausschließen. Das Vorkaufsrecht der Kommunen ist gesetzlich zu sichern.

Gebietsfremde sollen für die Errichtung von Betriebs-, Geschäfts- und Wohngebäuden für ihre Arbeitnehmer Grundstücke langfristig pachten können.

7. Besteuerung nach Leistungsfähigkeit

Marktwirtschaft verlangt eine angemessene Finanzverfassung. Der Markt bringt von sich aus keine gerechte Verteilung der Einkommen hervor. Das Steuersystem muß hier korrigierend eingreifen. Die Besteuerung hat sich an der Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer, Selbständigen und Unternehmen zu orientieren, muß aber den Anreiz zur Leistung erhalten. Die Steuertarife dürfen daher nicht zu einer weitgehenden Nivellierung der Einkommen nach Steuern führen. Grundsätzlich muß auch gelten, daß jede Mark, gleichgültig wie und von wem sie erwirtschaftet wird, der gleichen Besteuerung unterliegt. Löhne, Gehälter und Einkommen von freiberuflich Tätigen und Gewerbetreibenden werden steuerlich gleichbehandelt.

Wir Sozialdemokraten streben eine Wirtschafts- und Währungsunion mit der Bundesrepublik und die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft an. Um dies zu erleichtern, werden wir unser Steuersystem weitgehend an dem dort vorherrschenden orientieren, aber nicht die Vielfalt an steuerlichen Abzugsmöglichkeiten und Schlupflöchern zulassen. Dies erlaubt durchgängig niedrigere Steuertarife als in der Bundesrepublik.

Ein prinzipiell neues Steuersystem soll die bisherige Lohn-, Einkommens- und Unternehmensbesteuerung und -abführungen ablösen.

Das Steueraufkommen ist nach einem festen Schlüssel auf die Republik, die Länder und Gemeinden zu verteilen, so daß sie auf Basis gesicherter Steuereinnahmen eigenverantwortlich wirtschaften können.

- Bei der Lohn- und Einkommenssteuer bleibt ein Grundbetrag steuerfrei. Bis zu einem Jahreseinkommen, das deutlich über dem Durchschnittseinkommen liegt, wird ein einheitlicher Steuersatz angewendet, um Leistungsanreize zu erhalten. Entgegen der bisherigen Regelung setzt die Steuerprogression erst bei höheren Einkommen ein. Verheiratete und Unverheiratete werden gleich besteuert. Für Kinder wird unabhängig vom Einkommen der Eltern Kindergeld gewährt. Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand soll steuerlich gefördert werden. Damit wird die Spartätigkeit angeregt und die Investitionsfähigkeit unserer Wirtschaft gestärkt.

- Die Einkommenssteuer ist gleichzeitig die Unternehmenssteuer. Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften, GmbHs usw.) zahlen statt Einkommenssteuer Körperschaftssteuer, der auch die Unternehmen in Staatseigentum unterliegen. Die maximale Körperschaftssteuer entspricht dem Höchstsatz der Einkommenssteuer. Die Abschreibungsregelungen werden zumindest ebenso großzügig gestaltet wie in der Bundesrepublik. Andere steuerliche Abzugsmöglichkeiten werden so gering wie vertretbar gehalten. Ständiges Investieren soll für die Unternehmen der einzige Ausweg sein, um die steuerliche Belastung des tatsächlich erzielten Gewinns zu mindern.

- Die Kommunen erhalten eigene steuerliche Einnahmequellen, die ihnen ein eigenverantwortliches Wirtschaften ermöglichen.

- Als allgemeine Verbrauchssteuer wird eine Mehrwertsteuer eingeführt, die auf sämtliche Güter und Dienstleistungen anzuwenden ist. Auf Nahrungsmittel wird der halbe Steuersatz angewandt.

  Es sollen steuerliche Anreize zum sparsamen Umgang mit Energie und zum Abbau von Umweltbelastungen geschaffen werden.

  Energieverbrauch soll steuerlich in wachsendem Umfang belastet werden, sobald die Voraussetzungen dafür geschaffen sind, daß die Haushalte individuell auf höhere Energiepreise reagieren können.

8. Soziale Leistungsfähigkeit durch eine effiziente Wirtschaft

Wir Sozialdemokraten wollen eine effizient organisierte und deshalb florierende Wirtschaft, in der ein dicht geknüpftes soziales Netz finanziert werden kann. Sozialer Friede und soziale Sicherheit sind eine produktive Grundlage einer florierenden Wirtschaft.

Was die Marktwirtschaft nicht garantieren kann, ist die völlige Sicherheit des einzelnen Arbeitsplatzes. Eigenverantwortliche Unternehmen, die Gewinn erzielen und sich am Markt behaupten müssen, können nicht zur Beschäftigung überflüssiger Arbeitskräfte gezwungen werden. Im Zuge der Umstrukturierung unserer Wirtschaft wird es Freisetzungen von Arbeitskräften geben.

Wir Sozialdemokraten werden dafür sorgen, daß jeder, der wegen fehlender oder nicht gefragter beruflicher Qualifikation arbeitslos wird, die Möglichkeit zur Qualifizierung oder Umschulung erhält, die er auch wahrzunehmen hat, um eine schnelle Wiedereingliederung in das Berufsleben - auch durch gezielte Hilfen zur Gründung einer selbständigen Existenz - zu ermöglichen.

Eine Umschulungs- und Qualifizierungsoffensive wird daher dringend notwendig. Wir zählen hier auf die Mitwirkung insbesondere westdeutscher Handelskammern und Unternehmen. Von ihrer Seite wurde dies schon in Aussicht gestellt. Wir sind jedoch überzeugt, daß bei zügiger und konsequenter marktwirtschaftlicher Orientierung ein schnelles marktwirtschaftliches Wachstum erreicht wird, das bald schon zu einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften führen wird.

Notwendig ist außerdem der sofortige Aufbau einer Arbeitslosenversicherung, die verhindert, daß Verlust des Arbeitsplatzes zu einem existentiellen Risiko wird.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen für Behinderte ist besonders zu fördern.

Unser Rentensystem bietet bei weitem nicht die notwendige Absicherung im Alter oder bei vorzeitiger Berufsunfähigkeit. Es muß schrittweise reformiert und die verschiedenen Rentensysteme harmonisiert werden. Die Renten müssen einen bestimmten Prozentsatz des im Laufe des Berufslebens erzielten durchschnittlichen Gehalts betragen und mit steigender allgemeiner wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit automatisch angehoben werden. Eine darüber hinausgehende Altersabsicherung ist dem Einzelnen zu überlassen. Mit der Bundesrepublik werden wir Verhandlungen über einen Ausgleich der Belastungen bei den Renten führen. Wir werden darüber hinaus das Sozialhilferecht reformieren.

Jeder hat das Recht auf eine angemessene Wohnung. Aber auch bei den Wohnungsmieten müssen wir uns stärker an den Wohnungskosten orientieren. Die Mieten müssen schrittweise angehoben werden, auch um die Sanierung und Renovierung finanzieren zu können. Wir geben auch hier personenbezogenen Wohnbeihilfen den Vorzug vor der allgemeinen Subventionierung des Wohnungswesens. Einen völligen freien Wohnungsmarkt kann es nicht geben. Mit Wohnungen in staatlichem und genossenschaftlichem Eigentum muß der Markt reguliert werden. Die Vergabe von staatlichen Wohnungen in Erbpacht oder ihr Verkauf ist damit nicht ausgeschlossen.

Die bestehenden Mängel in der Wohnraumbewirtschaftung wie freistehende Wohnungen, bürokratische Bearbeitung von Anträgen usw. müssen sofort beseitigt werden.

9. Ökologische Erneuerung

Die Verschmutzung von Luft und Gewässern, die Vergiftung unserer Böden, die Ausrottung zahlreicher Pflanzen- und Tierarten und das Waldsterben verlangen einen grundlegenden Kurswechsel, damit unsere natürlichen Lebensgrundlagen nicht unwiederbringlich zerstört werden.

Das ökologisch Notwendige muß künftig auch zum Prinzip des betriebswirtschaftlichen Handelns werden. Was ökologisch schädlich ist, muß künftig für die Unternehmen teuer, das ökologisch Richtige vorteilhaft werden. Dazu dienen Abgaben und Steuern auf der einen, finanzielle Anreize für ökologisch vernünftiges Verhalten auf der anderen Seite. Vor allem Energie muß teurer werden, da Energieumwandlung und -verwendung eine der Hauptursachen unserer ökologischen Gefährdung ist.

Grundsätzlich muß künftig das Verursacherprinzip gelten: Wer die Umwelt belastet, muß für daraus folgende Schäden aufkommen. Dazu braucht es eine strenge Umweltüberwachung, ein scharfes Haftungsrecht, das auch dem Schädiger die Beweislast auferlegen kann. Notwendig sind weiterhin Gebote und Verbote, Grenzwerte und Genehmigungsvorbehalte. Notwendig ist eine umfassende Information der Öffentlichkeit.

Umweltschutz erfordert enormen Kapitalaufwand. Aus eigener Kraft werden wir den ökologischen Umbau in absehbarer Zeit nicht leisten können, da gleichzeitig unsere Wirtschaft, unsere Infrastruktur und unser Wohnungsbestand modernisiert werden müssen. Wir sind hier ganz besonders auf die Hilfe der Bundesrepublik angewiesen. Weniger Umweltbelastung bei uns wird auch ihre Umweltbilanz verbessern.

Wir Sozialdemokraten werden das Landeskulturgesetz konsequent umsetzen und um Umweltvorschriften der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft ergänzen, und zwar um die jeweils strengeren Regeln. Wir werden sie jedoch nur Schritt für Schritt auf die bestehenden Produktionsanlagen anwenden können. Unsere Wirtschaft würde sonst überfordert. Wir werden klare Fristen für die einzelnen Schritte festlegen.

Für neu zu errichtende Anlagen und technische Einrichtungen sind die Umweltschutzvorschriften der EG oder der Bundesrepublik schon heute anzuwenden.

Die Deponierung von Müll und Sondermüll auf unserem Gebiet durch Gebietsfremde, insbesondere durch die Bundesrepublik, werden wir unverzüglich beenden. Für den Großraum Berlin sollte sofort eine partnerschaftliche Regelung gefunden werden. Unser Land steht nicht länger als Mülldeponie zur Verfügung. Über die Sanierung von technisch unzulänglichen und für das Grundwasser gefährlichen Deponien mit westdeutschem Kapital und technischem Wissen werden wir mit der Bundesregierung Verhandlungen aufnehmen.

Die Braunkohlekraftwerke sind unser größtes Umweltproblem. Sie alle umzurüsten und auf den neuesten Stand der Umwelttechnik zu bringen, ist ökonomisch nicht sinnvoll. Durch Atomkraftwerke ersetzen wollen wir sie nicht, denn Kernkraft ist wegen ihres Risikopotentials nicht die Energie der Zukunft. Wir wollen aus der Kernkraft langfristig aussteigen. Ökologische Erneuerung unserer Energieversorgung muß deshalb zuallererst sparsamer und rationeller Umgang mit Energie bedeuten. Die Produktivität der Energienutzung ist bei uns nur etwa halb so groß wie in der Bundesrepublik. Unser Energiesparpotential vor allem in der Industrie ist enorm.

Wir wollen deshalb die Förderung von Braunkohle innerhalb von 10 Jahren halbieren, die Kraftwerke modernisieren, dezentrale energiesparende Energieversorgungssysteme aufbauen, Energie importieren und alle Anstrengungen unternehmen, um Energie einzusparen. Energiesteuern und dadurch höhere Energiepreise sind die entscheidenden marktwirtschaftlichen Anreize dazu. Sie sind aber erst sinnvoll, wenn bei uns die Voraussetzungen dafür geschaffen

sind, daß der Einzelne auf diese Preissignale mit sparsamem Verhalten reagieren kann.

Grundlegende Änderungen sind notwendig in der Landwirtschaft. Wir streben eine rationelle Nutzung der verfügbaren landwirtschaftlichen Ressourcen an. Durch übermäßigen Einsatz von Düngemitteln sind unsere Böden überfordert und das Grundwasser gefährdet. Wir müssen zu einer ökologisch verträglichen Bodennutzung und Tierhaltung zurückfinden und orientieren dazu auf die in der EG gültigen ökologischen Normative.

Zur Zukunftsvorsorge werden wir darauf achten, daß bei staatlichen Planungen für Verkehrswege, Gewerbeflächen oder Wohnungsbauten mit der Landschaft äußerst sparsam umgegangen wird. Wir wollen dichte Bebauung und kurze Verkehrswege zwischen Wohnung, Arbeitsplatz und Freizeiteinrichtungen, Erhaltung und Umbau vor Neubau. Wir wollen bei unserer wirtschaftlichen Erneuerung nicht alle Fehler wiederholen, die in westlichen Staaten zu einer Zeit begangen wurden, als Umweltfragen noch auf wenig Verständnis stießen.

Aus der Vergangenheit haben wir gewaltige Umweltlasten abzutragen. Wir benötigen hierzu modernste Technik und Kapital von außen.

10. Demokratische Gestaltung der Marktwirtschaft

Wir Sozialdemokraten wollen die staatlichen Unternehmen in das Eigentum aller Bürger überführen. Wir wollen nicht länger Scheineigentum des Volkes sondern individuelles Eigentum. Dies bietet allen, die ihre Ersparnisse für den Erwerb von Unternehmensanteilen verwenden, die Möglichkeit, an der zügigen Modernisierung unserer Wirtschaft teilzuhaben.

Eine gerechte Vermögensverteilung und die Förderung einer breit gestreuten Vermögensbildung ist die eine Seite dessen, was wir unter Wirtschaftsdemokratie verstehen, Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften die andere.

Wir streben Mitbestimmung an

- am Arbeitsplatz beim Vollzug der Arbeit, bei der Konzeption und Einführung neuer Organisationsformen;
- im Betrieb, wenn über Arbeitsbedingungen, Arbeitsorganisation, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Qualifikation und Weiterbildung zu entscheiden ist;
- im Unternehmen durch Vertreter der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat.

Die Mitbestimmungsrechte werden durch gewählte Betriebsräte und unabhängige Gewerkschaften wahrgenommen und sind durch ein Betriebsverfassungsgesetz und Mitbestimmungsgesetz zu regeln.

Mitbestimmungsrechte sollen die Interessen der Arbeitnehmer wahren und zu einem produktiven Miteinander von Geschäftsführung und Arbeitnehmern beitragen. Der Ausgleich sozialer Interessen fördert Engagement, Leistungsbereitschaft und Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen. Er wird damit zu einer produktiven Kraft.

11. Grundlegende und schnelle Reformen

Wir Sozialdemokraten wollen grundlegende Reformen hin zur ökologisch orientierten sozialen Marktwirtschaft.

Nicht alles ist jedoch gleichzeitig zu verwirklichen, und daher müssen wir Prioritäten setzen:

Erstens werden wir den rechtlichen und institutionellen Rahmen für eine marktwirtschaftliche Ordnung schaffen, insbesondere das Eigentumsrecht reformieren, Gewerbefreiheit gewährleisten, ein Unternehmensrecht einschließlich eines Wettbewerbsrechts und eines Konkursrechtes schaffen, Mitbestimmungsrecht, Betriebsverfassungsgesetz einführen und die rechtlichen Grundlagen für freie Gewerkschaften herstellen, die Notenbank reformieren, das Steuersystem ändern, eine Arbeitslosenversicherung aufbauen und ein Sozialhilfesystem einführen. Wir werden uns bei der Schaffung dieses rechtlichen Rahmens weitgehend an dem orientieren, was sich in der Bundesrepublik und in der Europäischen Gemeinschaft bewährt hat.

Es sind Reformen des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, eine Demokratisierung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur besonders im ländlischen Raum durchzuführen.

Zweitens werden wir die Reformen im einzelnen entschlossen angehen, insbesondere: Die Unternehmen reformieren, private Unternehmensgründungen und Unternehmensbeteiligungen und Tochtergründungen von Gebietsfremden zulassen, das staatliche Außenhandels- und Valutamonopol abschaffen, das Bankensystem reformieren, einen Kapitalmarkt aufbauen und die Eigenständigkeit der Unternehmen sichern.

Drittens werden wir Subventionen abbauen und die Preise dort freigeben, wo Wettbewerbsbedingungen vorhanden sind, kompensierend hierzu die Löhne, Renten, Stipendien, Kindergeld und andere Sozialeinkommen anheben und Kombinate entflechten; schließlich werden wir schrittweise die Mieten anheben und ein Wohngeld einführen. Durch wirksame Formen des Verbraucherschutzes werden wir die Rechte der Konsumenten sichern.

Mit diesen Schritten wollen wir auch die Wirtschafts- und Währungsunion mit der Bundesrepublik aufbauen.

Wir wollen die Reformen rasch und zügig auf allen Gebieten vorantreiben. Die Gefahr ist sonst groß, daß einzelne Reformelemente keine Wirkung zeigen, weil andere noch nicht in Angriff genommen sind. Enttäuschung und Reformüberdruß blieben dann nicht aus. Für den Bürger müssen Erfolge schnell spürbar werden.

Wir sind uns bewußt, daß der zügige Übergang zur sozialen und ökologischen Marktwirtschaft auch Härten für den Einzelnen mit sich bringen kann.

Wir sind uns aber auch bewußt, daß es für unser Land wie für jeden Einzelnen noch größere Härten mit sich bringen würde, wenn die Reformen zögerlich und halbherzig durchgeführt werden, deshalb sichtbare Erfolge ausbleiben, und aus der Enttäuschung darüber noch mehr Menschen unser Land verlassen.

Die Modernisierung unserer Wirtschaft und die Umstellung auf marktwirtschaftliche Steuerung wird Kraft und Anstrengung kosten. Aber es lohn sich:

- **Freie Wirtschaft**
- **Leistungsgerechte Einkommen und soziale Sicherheit**
- **Wachsender Wohlstand und gesunde Umwelt**